

Mitteilung

im: **Planungsausschuss**

Betreff: Ausbau der Hohen Steige

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Die Verwaltung teilt mit:

Die Berichterstattung über die Baumaßnahmen in der Hohen Steige gab Anlass zu Missverständnissen. Die Verwaltung stellt deshalb nachfolgend die Abläufe nochmals klar:

1. Die Verwaltung hat im Herbst 2005 die Planung der Kanalbaumaßnahme bei einem externen Ingenieurbüro in Auftrag gegeben; dabei wurde versäumt, die Frage des Ausbaus der Hohen Steige zu überprüfen. Konsequenterweise wurden deshalb auch die Anwohner nicht mit der Frage des Ausbaus konfrontiert; auch wurde weder ein entsprechender Antrag ins Verfahren gebracht, noch eine entsprechende Position für diese Maßnahme im Haushalt aufgenommen.
Im Zuge der konkreten Kanalausbauarbeiten Anfang 2006 kam die Frage auf, ob die Straße "Hohe Steige", die bisher nicht bebauungsplanmäßig ausgebaut ist, erstmalig ordnungsgemäß hergestellt werden soll. Aus Sicht des Tiefbauamtes lag es nahe, über die Frage des ordnungsgemäßen Ausbaus der Straße möglichst rasch und noch im Zuge der Kanal- und Leitungsarbeiten zu entscheiden. Das Tiefbauamt erstellte deshalb im Juni 2006 eine entsprechende Vorlage für den Ausbau der Straße, die von der Baubürgermeisterin zur weiteren Beratung innerhalb der Verwaltung frei gegeben wurde. Das Thema sollte nach Vorstellung der Bauverwaltung am 10. Juli 2006 auf die Tagesordnung des Planungsausschusses gesetzt werden.
2. Nachdem das für den Ausbau zuständige Tiefbauamt in der verwaltungsinternen Vorbesprechung der Tagesordnung des Planungsausschusses vom 10. Juli 2006 keine Angaben machen konnte, wie die Anwohner zu dem von der Bauverwaltung geplanten Ausbau der Straße stehen, hat die Oberbürgermeisterin die Vorlage für den Versand an die Gemeinderäte nicht frei gegeben und nach Beratung mit den anderen Ämtern entschieden, dass zunächst das Gespräch mit den Anwohnern gesucht und erst dann über die Frage des Ausbaus entschieden werden sollte.
3. Das Informationsgespräch mit den Anwohnern fand am 12. Juli 2006 statt. Die Anwohner erklärten sich mit dem geplanten Ausbau der Straße nicht einverstanden. Das Ergebnis der Informationsveranstaltung wurde in einem Aktenvermerk festgehalten, der der Oberbürgermeisterin und den Dezernenten am 17. Juli 2006 zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Oberbürgermeisterin hat daraufhin das strittige Thema auf die Tagesordnung der Dezernentenrunde am 24. Juli 2006 gesetzt und gleichzeitig vorab den beiden zuständigen Ämtern – Tiefbauamt und Kämmerei – mitgeteilt, dass angesichts der ganz anderen Vorstellungen der Anwohner auf die vorschnelle Realisierung des Ausbaus verzichtet werden soll. Dem haben sich die Dezernenten in großer Einmütigkeit am 24. Juli 2006 angeschlossen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Abläufe in der Verwaltung an der Sachlage orientiert wurden und völlig unbeeinflusst sind von Aktivitäten einzelner Kandidaten im OB-Wahlkampf. Die Oberbürgermeisterin legt großen Wert darauf, dass die Verwaltung – wie bisher – ausschließlich sachorientiert ihre Aufgaben wahrnimmt.

4. Bei einem Ortstermin mit den Anwohnern am 1. August 2006 wurden die Mißverständnisse ausgeräumt und den Anwohnern erklärt, dass die Verwaltung darauf verzichte, die Straße auszubauen, weil angesichts der geringen Bedeutung der Straße und des entgegenstehenden Willens der Anwohner ein solcher Ausbau aus Sicht der Verwaltung nicht empfehlenswert ist. Wenn nicht bauungsplanmäßig ausgebaut wird, fallen auch keine Erschließungsbeiträge an.